

## Roboskî: Proteste gegen das Militär

Nach den Ereignissen vom 29. und 30. Juni, als nach Protesten gegen das türkische Militär 5 Maultiere erschossen, 6 BewohnerInnen verletzt und 4 Kinder in Gewahrsam genommen wurden, demonstrierten die AnwohnerInnen von Roboskî am 6. Juli wieder gegen die Angriffe und das Verbot, die nahegelegene Hochebene Şerit zu betreten. Doch türkische Soldaten verwehrten den Protestierenden den Weg, wobei sie auch Tränengas und Warnschüsse einsetzten und eine Person dabei verletzten. Aufgrund von Untersuchungen waren auch Ferhat Encü, HDP-Parlamentsmitglied von Şirnex (Şirnak), sowie mehrere JournalistInnen anwesend. Als sie den Ort wieder verlassen wollten, schossen Soldaten Tränengas in

das Auto und bedrohten Encü mit vorgehaltener Waffe, als er in Dialog mit ihnen treten wollte und sich als Parlamentsmitglied zu erkennen gab. Am 28. Dezember 2011 bombardierten türkische Flugzeuge eine Gruppe DorfbewohnerInnen aus Roboskî und töteten dabei 34 von ihnen. Wegen fehlender Untersuchungen und der Armeepresenz kommt es seit dem immer wieder zu Protesten. Seit zwei Monaten steht das Dorf quasi wieder unter militärischer Belagerung, was die BewohnerInnen daran hindert, ihren grenzüberschreitenden Handel aufzunehmen, um so ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Faysal Sariyıldız, Parlamentarier der HDP (Demokratische Partei der Völker), bezeichnet das Massaker

von Roboskî als tiefste Wunde Kurdistans und die staatliche Entscheidung, das Massaker nicht aufzuklären, als ein Beispiel für Unterdrückung und Faschismus. Er sagt, dass die Regierung Angst bekommt aufgrund der Erfolge der kurdischen Freiheitsbewegung als Repräsentantin der Hoffnung und des Willens der Menschen. Der Schmerz der Menschen von Roboskî würde als Spielball benutzt werden. Faysal erinnerte auch daran, dass die Regierung Erdoğan wütend auf die Menschen dort ist, weil die Familien der Opfer mehrere tausend Lira als Entschädigung ablehnten und stattdessen kämpfen wollen, bis die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen wurden. (ANF 7.7., ISKU)

### Meldungen:

#### Zwei Mitglieder der Internationalistischen Brigade in Spanien inhaftiert

Zwei Menschen, die zuvor in Rojava aus Solidarität und für den Schutz der Menschen in den Reihen der Internationalistischen Brigade gegen ISIS kämpften, sind am Montag nach ihrer Rückkehr nach Spanien verhaftet worden. Solidaritätskomitees aus Rojava sowie aus den anderen Teilen Kurdistans forderten die spanische Regierung dazu auf, verhängte Sanktionen gegen diejenigen, die in Rojava am Kampf gegen ISIS teilnahmen und wieder nach Hause zurückkehren, zu unterlassen. (ANF 7.7., ISKU)

#### Proteste in der Türkei nach dem Tod mehrerer Arbeiterinnen

Frauen aus der ganzen Türkei gingen am Dienstag auf die Straße, da einen Tag zuvor 15 LandwirtschaftsarbeiterInnen ums Leben kamen. Am frühen Montag Morgen wurde eine Gruppe von SaisonarbeiterInnen zusammengepfertcht im hinteren Teil eines Kastenwagens zu den Weinreben nach Gölarmara in der türkischen Provinz Manisa gekarrt. Der Wagen kollidierte mit einem Tanklaster, 15 ArbeiterInnen starben dabei – 13 von ihnen waren Frauen. Viele SaisonarbeiterInnen in der Türkei sind Frauen und Kinder. Die verstorbenen ArbeiterInnen hätten für das Pflücken von Weinblättern von morgens bis 22 bzw. 23 Uhr einen Lohn von ca. 9-10 türkische Lira (nicht mehr als 4 Euro) erhalten. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres (2015) sind in der Türkei schon mindestens 646 ArbeiterInnen bei sogenannten „Arbeitsunfällen“ aufgrund von mangelnden Sicherheitsvorkehrungen gestorben. 227 von ihnen verstarben bei Verkehrsunfällen. AktivistInnen sagen, dass es sich dabei um „Arbeitsplatz-Massaker“ handelt und nicht um Unfälle. Die Frauen auf den Demonstrationen kritisierten die fehlenden Sicherheitsmaßnahmen für ArbeiterInnen in der Türkei. In Izmir liefen die Frauen hinter einem Transparent, auf dem „Wir arbeiten saisonal, wir sterben täglich. Wir Frauen wollen leben“ stand. Die Demonstrantinnen forderten ein sofortiges Treffen des türki-

## Stimmen zur Diskussion über eine mögliche Intervention der Türkei in Rojava

Nach den türkischen Parlamentswahlen vom 7. Juni und den andauernden Diskussionen um mögliche Koalitionsbildungen konkretisiert sich die innen- und außenpolitische Strategie des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan immer deutlicher. Mit dem Überfall des Islamischen Staats (IS) in Kobanê am 25.6.2015 mit über 200 toten ZivilistInnen, der Tagung des Nationalen Sicherheitsrats der Türkei am vergangenen Montag und dem erstmaligem Bombardement der Kandilgebirge seit fast zwei Jahren am nächsten Tag nehmen die Praxis und Rhetorik der AKP sowie die von Erdoğan immer mehr die Züge einer „Kriegsregierung“ an. Bereits am vergangenen Freitag erklärte Erdoğan in einer Rede: „Wie hoch auch der Preis ist, wir werden niemals die Bildung eines neuen Staates an unserer Südgrenze im Norden Syriens akzeptieren.“ Nach der Tagung des Nationalen Sicherheitsrats wurden bereits dutzende Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge an die syrische Grenze verlagert. Im Folgenden einige Stellungnahmen zu den Diskussionen um eine mögliche Intervention von Vertretern der kurdischen Demokratiebewegung.

#### Salih Müslim: Eine grenzüberschreitende Operation würde in einer Katastrophe enden

Der Kovorsitzende der PYD Salih Müslim bewertete gegenüber der Nachrichtenagentur ANF die

oben geschilderten Diskussionen. Müslim erklärte, dass eine grenzüberschreitende Operation des türkischen Staates sowohl für die Türkei als auch die gesamte Region in einer Katastrophe enden könnte: „Mit den Behauptungen der Türkei von einer grenzüberschreitenden Operation wollen sie angesichts ihrer innenpolitischen Lage einigen Stellen Botschaften übermitteln. Ich denke nicht, dass sie solch eine Operation wagen werden. Eine Intervention durch die Türkei würde den chaotischen Zustand der Region nur weiter vergrößern.“ Eine Operation würde laut Müslim zudem dem internationalen Recht widersprechen. Müslim erklärte weiter, dass der IS das Massaker in Kobanê über die Grenze von der Türkei aus verübt habe. Man habe versucht, mit einem Massaker durch den IS einen Grund für eine grenzüberschreitende Operation zu geben. Dieser Versuch sei jedoch fehlgeschlagen: „Seit zwei Jahren werden Kurden, Syrer, Assyrer und Turkmenen von Seiten des IS massakriert, aber von der Türkei kam kein Laut. Nun sind sie überrascht über die Befreiung von Tel Abyad. Sie schlagen buchstäblich um sich, um eine Rechtfertigung [für eine Intervention] zu finden.“ Müslim betonte weiter, dass sie keinen Angriff der Türkei dulden werden: „Wir haben mit unserem Widerstand die Kräfte des Regimes vertreiben können; seit zwei Jahren leisten

wir einen unvergleichlichen Kampf gegen den IS-Terror, gegen den sich selbst die Staaten nicht einen Tag gestellt haben. Wie sagen offen, dass wir uns gegen jeden verteidigen werden, der uns antastet will.“

#### Mithat Sancar: Militäroperation wird schwere Folgen haben

In einem Interview mit der kurdischen Tageszeitung Özgür Gündem erklärte der Abgeordnete der Demokratischen Partei der Völker (HDP) aus Mardin, Mithat Sancar, dass die angedrohte Operation das Ziel verfolge, die Entwicklungen in Rojava zu verhindern: „Seit den letzten Tagen versuchen die Regierung und der Staatspräsident, die Operation als Unternehmen gegen den IS darzulegen. Damit wird versucht, die NATO und die USA von der Operation zu überzeugen. Doch jeder weiß, dass der IS vor einem Monat viel gefährlicher war als heute. Als der IS Tel Abyad kontrollierte, haben sie über solch eine Operation nicht nachgedacht. Es ist nicht leicht, glaubhaft zu machen, dass die Operation gegen den IS gerichtet sein soll, nachdem der IS von Tel Abyad vertrieben wurde und die Sicherheitslage im Vergleich vor einem Monat nicht so gefährlich ist. (...) Die Erklärung von Russland ist auf dem Tisch. Die NATO hat keine Zusage gegeben. Die internationale Koalition hat ebenfalls nicht zugestimmt. Es gibt die PYD und YPG. Es gibt

# Rekordstrafe für 52 Angeklagte gefordert: 15.444 Jahre Haft

52 Personen wurden in Erciş, einem Bezirk von Wan, wegen der Teilnahme an den Protesten vom 6.-8. Oktober inhaftiert und sollen zu jeweils 297 Jahren, insgesamt 15.444 Jahren Haft verurteilt werden. Laut Rechtsanwalt Baran Bilici wurden Polizeiberichte in der Anklageschrift als Beweismittel aufgeführt und rechtswidrigerweise vom Gericht angenommen.

In den Tagen vom 6. bis 8. Oktober 2014 fanden in Erciş, einem Bezirk von Wan, Proteste gegen die ISIS-Angriffe auf Kobanê statt. Die dortige Staatsanwaltschaft verfasste eine 50-seitige Anklageschrift für die 52 Personen, bei denen es sich mehrheitlich um kurdische PolitikerInnen handelt.

Es existieren keine Fotos oder Videos, die die Teilnahme der Angeklagten belegten, die einzigen Dokumente, die als Beweismittel vorgelegt wurden, sind Polizeiberichte.

Die Anklagepunkte gegen die 52 Personen reichen von „Propaganda für eine (verbotene) Organisation“ und „Mitgliedschaft in einer bewaffneten Organisation“ bis zu „Beschädigung öffentlichen Eigentums“ und „Teilnahme an Demonstrationen oder Veranstaltungen“.

Der Rechtsanwalt Baran Bilici erklärte, dass es für eine Strafverfolgung genüge, hinter den Straßenprotesten her zu laufen. Allen Angeklagten drohen für 11 ver-

schiedene Anklagepunkten 297 Jahre Haft. Bilici sagte, dass die angeklagten PolitikerInnen an keiner Brandstiftung teilgenommen hätten. Es gebe hingegen Fotos von 8 Tränengaskanistern im örtlichen AKP-Gebäude und es waren Polizeikräfte, die mit Tränengaseinsätzen auch zu Sachbeschädigung beigetragen haben. Bilici bezeichnete die Strafverfolgung als Provokation und erinnerte daran, dass Polizeipanzer vor dem Gouverneursitz absichtlich nichts gegen das dortige Feuer unternahmen.

Bilici nannte die Anklageschrift gesetzeswidrig und erklärte, dieser Fall zeige, dass der Staat Zivilisten als feindliche Kombattanten betrachte. (ANF 5.7., DhG)

## HPG: Aktion gegen Staudamm in Amed

Wegen der erneut gestiegenen Zahl von Aufklärungsflügen über den von der Guerilla kontrollierten Gebieten durch Hubschrauber und Drohnen der türkischen Armee sowie dem erneuten Start eines Staudammprojektes des Militärs, führte die HPG (Volksverteidigungskräfte) zur Warnung eine Aktion im Gebiet Garqin in Silvan durch.

Zuvor wurden am 6. und 7. Juli Drohenaktivitäten in den Gebieten Kandil, Haftanin, Zap, Yayladere, Kewê, Pülümür und Farqin festgestellt. Kampfflugzeuge und -hubschrauber der türkischen Armee waren in den Gebieten Xakurke, Avasin und Zap im Meder-Verteidigungsgebiet sowie in den Bezirken Amed und Piran aktiv.

Am 7. Juli griffen Einheiten der Guerilla die Baustelle des Staudamms in Farqin (Silvan) im Bezirk Amed an. Die HPG wies darauf hin, dass die Armee trotz ständiger Warnungen weiter an militärisch genutzten Staudämmen festhält. Bei dem Angriff wurden 2 gepanzerte Fahrzeuge der türkischen Armee untauglich gemacht.

(ANF 8.7., ISKU)

## → Stimmen zur Diskussion...

die Burkan el Firat. Soll gegen diesen Krieg geführt werden? Würden sie solch ein Abenteuer wagen? Unter normalen Bedingungen und der Verfolgung einer vernünftigen Außenpolitik würde kein Staat so ein Abenteuer wagen. Doch mit dem Verlust der innenpolitischen Kraft und Hegemonie könnte sie diesen Wahnsinn wagen, um mit dem Manöver wieder an Hegemonie zu gewinnen. Das gilt insbesondere für den Staatspräsidenten Erdoğan.

### Aldar Xelil: Wann hat Erdoğan denn überhaupt Syrien verlassen, dass er jetzt von neuem interveniert?

Das Mitglied der Koordination der Westkurdischen Bewegung für eine demokratische Gesellschaft (TEV-DEM) Aldar Xelil ging in einer Reportage mit der westkurdischen Nachrichtenagentur Hawar News auf die Entwicklungen hinsichtlich der türkischen Politik gegenüber Rojava ein:

„Als die Politik des türkischen Staates gegenüber Syrien und Rojava am Tiefpunkt war, hat sie auf neuen Wegen versucht, ihre Politik gegenüber den Kurden und Rojava zu führen. Im Grunde wollte der türkische Staat niemals, dass in Syrien ein demokratisches System eingeführt wird und die Kurden in Syrien die

Vorreiterrolle in der demokratischen Revolution einnehmen. Die AKP führt ihre feindliche Haltung gegenüber den Kurden fort. Aus diesem Grund sieht sie es als eine große Gefahr an, dass an ihrer eigenen Grenze ein demokratisches System aufgebaut wird. Deshalb führt die AKP innerhalb von Syrien eine Politik gegen die kurdische Gesellschaft und deren Freiheit. Der Krieg, der von der AKP geführt wird, ist im Grunde ein Krieg zwischen der nationalstaatlichen, machtfokussierten Mentalität und der demokratischen Mentalität, die die kurdische Gesellschaft vertritt. Es ist bekannt, dass die Al-Nusra-Front an die Türkei gebunden ist und von allen staatlichen Institutionen der Türkei unterstützt wurde. Doch als die Al Nusra-Front zunehmend geschwächt wurde, hat sich die Türkei dem IS angenähert, um die demokratische Freiheitsbewegung der Kurden und das demokratisch-autonome System zu vernichten. Sie haben nicht davor gescheut alles Mögliche zu unterstützen, um den Kurden zu schaden. Der IS hat sehr von der AKP-Regierung profitiert. An dem Grenzübergang hat sie Unterstützung im großen Maße erhalten. (...) Wenn ich vom türkischen Staat spreche, meine ich die AKP. Denn die Völker der Türkei sind

Opfer der AKP-Politik. Nachdem der IS das Massaker in Kobanê verübt hat, ist die Politik des türkischen Staates ins Leere gelaufen. Erdoğan hat mit der Intervention in Syrien ein neues Projekt hervorgebracht. Wann hat Erdoğan denn überhaupt Syrien verlassen, dass er jetzt von neuem interveniert? Erdoğan hat seit Beginn der syrischen Revolution niemals Syrien verlassen. Erdoğan möchte aufgrund seiner Niederlage bei den türkischen Wahlen eine Verwirrung erzeugen. In Nordkurdistan gibt es den rechtmäßigen Kampf der kurdischen Gesellschaft, die nun auch ins Parlament gezogen sind. Auch innerhalb der türkischen Gesellschaft mehrten sich die Stimmen gegen Erdoğan. Erdoğan kann alleine keine Regierung bilden. Alle Karten von Erdoğan sind ausgebrannt. Aus diesem Grund möchte er in Rojava intervenieren. Dies bedeutet, dass Erdoğan die demokratische Verwaltung der Völker nicht akzeptiert. Falls Erdoğan in Syrien und Rojava militärisch interveniert, wird das die Türkei in die Zerstörung führen und die Gesellschaften der Türkei und Syrien aufeinanderhetzen. Es würde auch den Weg für Interventionen anderer Länder in Syrien den Weg ebener und eine Lösung der Krise in Syrien um Jahrzehnte verschieben.“ (CA, 1.7., ISKU)

schen Parlaments ein, um über die stark steigenden Todesfälle von Frauen und ArbeiterInnen in der Türkei zu sprechen.

„Die Machthaber messen ihre eigenen Karrieren in Mercedes-Autos. Währenddessen sterben ArbeiterInnen, nachdem sie wie Sardinen in die Kastenwagen gedrängt werden“, kommentierte Arzu Cerkezoğlu, Generalsekretärin des Gewerkschaftsverbandes DİSK, das Massaker. „Hierbei kann es sich nicht um einen Arbeitsplatzunfall handeln. Wir blicken hier offensichtlich auf ein Massaker.“

(JINHA, 7.7., ISKU)

### Ehemaliger BDP-Bezirksvorsitzender verhaftet

Vahap Aslan, ehemaliger BDP-Vorsitzender von Muradiye (Wan), wurde am Samstag in Çaldıran verhaftet. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde Aslan wegen des Vorwurfs der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“ verhaftet und ins geschlossene F-Typ-Gefängnis von Wan gebracht. (ANF 6.7., DhG)

### PKK-Fahne: »Rabatt« für Nicole Gohlke

Berlin. Weil sie eine Fahne der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK getragen hatte, muss die Bundestagsabgeordnete Nicole Gohlke (Linke) 1.000 Euro spenden. Über dieses Urteil des Amtsgerichts München informierte die Parlamentarierin am Mittwoch auf ihrer Internetseite. Danach muss die ursprünglich verhängte Geldstrafe von 10.000 Euro nicht gezahlt werden. Statt dessen sei eine Verwarnung ausgesprochen und eine Spende angeordnet worden. Gohlke hatte im vergangenen Jahr bei einer Demonstration in München die PKK-Fahne hochgehalten. (jW, 9.7., ISKU)

### Quellen:

CA	Civaka Azad
ANF	Firat Nachrichtenagentur
JINHA	Jin Nachrichtenagentur
DhG	Demokratie hinter Gittern
jW	junge Welt

### N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org